

Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 04.03.2026

Öffentlicher Teil

TOP 3.1. Berichterstattung aus überregionalen Gremien

Frau Soddemann informiert den Ausschuss über das Vorhaben der Landesregierung und des Schulministeriums, ABC-Klassen einzurichten. Es gebe den Vorschlag, für Kinder im vorschulischen Bereich eine zusätzliche Förderung einzurichten, die dann entweder in der Kita oder auch wunschgemäß in der Schule stattfinden solle. Das seien dann ABC-Klassen mit einem gewissen Stundenkontingent in der Förderung. Das bedeute, dass man einerseits eine große Anzahl von Kindern erwarte, bei denen das in Hagen zutreffen würde. Das stelle den Schul- und auch den Kitaträger vor entsprechend große Herausforderungen, weil man dafür auch entsprechend große Räume zur Verfügung stellen müsse, mal ganz abgesehen von der gesamten Logistik, die dahinterstecke. Man begrüße den Vorschlag der Landesregierung inhaltlich ausdrücklich. Gleichzeitig sei es wichtig, dass die Positionierung und auch die Herausforderungen, die auf einen Schulträger zukämen, entsprechend berücksichtigt würden. Das Personal sei hierbei nicht das Thema, weil bislang dazu ausgesagt werde, dass das Personal seitens des Landes gestellt werde. Es sei dann auch die Aufgabe des Landes, entsprechend Personal dafür zu akquirieren. Es handele sich dabei um die Zielgruppe der Erzieherinnen und Erzieher, möglicherweise auch Sozialarbeiter. In dem Bereich und auch im Bereich der Lehrkräfte habe man auch einen entsprechenden Fachkräftemangel. Aus dem Grund werde die personelle Ausstattung solcher ABC-Klassen eine große Herausforderung darstellen. Sie berichte dazu unter diesem Tagesordnungspunkt, weil sie hier im Jugendhilfeausschuss darauf hinweisen wolle, dass man in Richtung des Städtetages im Bereich des Bildungsausschusses eine entsprechend längere Stellungnahme abgegeben habe, in der man einerseits das Angebot begrüße, aber auch andererseits auf die Schwierigkeiten aufmerksam mache, die das für die kommunale Seite in der Organisation und Abwicklung mit sich bringe. Man gehe davon aus, dass sowohl der Städtetag als auch das Land selbst entsprechend Gespräche aufnehme, um bestimmte Fragen mit der kommunalen Seite zu diskutieren und abzustimmen. Es handele sich hierbei wieder um ein gemeinsames Thema von Jugendhilfe und Schule. Wenn es weitere Informationen dazu gebe, werde man den Jugendhilfeausschuss informieren.

Sie beantwortet eine Frage von Herrn Geitz dahingehend, dass man die Höhe der Beförderungskosten aktuell nicht beziffern könne. Man habe Hochrechnungen gemacht, dass man davon ausgehe, dass in der Stadt Hagen mindestens 500 Kinder unter diese Gruppe fallen würden. Man gehe dabei von einer Gruppenstärke von 8 Kindern aus. Man könne sich ausrechnen, was das an Gruppen allein für die Stadt Hagen bedeute. Es werde auch andere Städte im Ruhrgebiet geben, die einen ähnlichen Umfang erreichen würden. Es werde ein Teil der Fragestellungen sein, die man lösen müsse.